Rebellion und Massenausschlüsse bei den Nazis

Hitler muß die Zersetzung bei den SA-Proleten zugeben. 5 SA-Stürme ausgeschlossen
Läßt die Papen-Nazis nicht aus der Zange

Nach der feigen Kapitulationspolitik der Nazis im Reichstag, organisieren sie jetzt wieder Kundgebungen und Versammlungen, um unter Fortsetzung der alten Lügenpropaganda erneut auf den Dummenfang zu gehen. Göring und Goebbels sprachen gestern im Berliner Sportpalast und ritten eine Attacke für die Weimarer Verfassung, dabei ihren Anhängern wieder einmal den nahen Sieg versprechend. Hitler sprach höchstpersönlich zu einer Versammlung der Münchner SA und SS, wobei er sich über die Neuwahl freute, da ihm „alle bisherigen Mitläufer neue Anhänger und dem Siege näher gebracht" hätten. Daß diese „Freude" nicht ganz ungetrübt ist, dafür sprechen eine Reihe von Tatsachen, die über den Grad der Zersetzung innerhalb der NSDAP berichten.

Die Tolerierungspolitik Hitlers gegenüber der Papenregierung, die von den Naziführern jetzt auch offen zugegeben wird, hat bei den SA-Proleten die stärkste Rebellion ausgelöst. Bereits während der Reichstagswahl mußte Goebbels eingestehen, daß sich die Hakenkreuzpartei in der Defensive befindet, weil sie auf den Vorwurf der Tolerierung Papens keine Antwort habe. Die Zersetzung bei der SA wurde verstärkt durch das Abblasen des SA-Marsches auf Berlin, durch die Enttäuschung der werktätigen Nazianhänger über die feige Kapitulationspolitik der Hakenkreuzführer.

Die kommunistische Presse hat seit Wochen auf diese Zersetzungserscheinungen und die Rebellion der SA-Proleten hingewiesen. Die Nazipresse hat unsere Veröffentlichungen entweder totgeschwiegen oder als „marxistische Lügen" abzutun versucht. Jetzt, zum erstenmal muß Hitler selbst die Zersetzung in der SA zugeben. In einem Befehl der obersten SA-Führung heißt es wörtlich:

„Die Pressemeldungen unserer Gegner über SA-Zersetzungen in allen Teilen des Reiches entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Es werden in letzter Zeit lediglich (!) in Eschweiler, Köln, Hannover, Berlin und Königsberg je ein Sturm auf Grund der SA-Disziplin pp. ausgeschlossen. Die Reichs-SA steht in treuer (?) Verbundenheit zur NSDAP und zum obersten SA-Führer."

„Lediglich" ist gut! Fünf ausgeschlossene SA-Stürme sind für Hitler anscheinend eine Kleinigkeit. Selbstverständlich ist das, was der Osaf in seinem Rundbefehl zugeben muß, nur ein Bruchteil der tatsächlich vollzogenen Ausschlüsse. Aber auch die Ausschlüsse geben kein richtiges Bild über den Umfang der Zersetzung und Rebellion in der SA, weil in zahlreichen Orten die Rebellion bereits so weit gediehen ist, daß Hitler die ganze SA ausschließen müßte. Außerdem haben die Austritte aus der SA und der NSDAP gerade in den letzten Wochen außerordentlich großen Umfang angenommen. Wir erinnern nur an die Vorgänge in Düsseldorf, Hamburg, Altona, München usw., wo die SA-Proleten offen meuterten und zahlreiche Austritte aus der SA erfolgten.

Krach um Bonzengehälter

Die eingestandenen Ausschlüsse meuternder SA-Stürme sind nicht die einzigen Zersetzungserscheinungen bei den Nazis. Ueber einen nicht unerheblichen, in seinen Ausmaßen noch gar nicht abzusehenden Krach unterrichtet das „Berliner Tageblatt" die Oeffentlichkeit. Dort wird über eine „Neugliederung des gesamten Organisationsapparates" der Nazis berichtet, deren wesentlicher Teil in der Neuregelung der Bezahlung der politischen Unterführer bis zu den Ortsgruppenführern besteht. Das BT schreibt darüber:

„Es wird nämlich nach der neuen Organisationseinteilung auch die Bezahlung der politischen Unterführer bis zu den Ortsgruppenführern nach neuen Sätzen geregelt, so daß die Inspekteure, die auf dem politisch ungefährlichsten und leichtesten Posten stehen, monatlich 150 bis 200 Mark erhalten, während den Ortsgruppenführern nur 50 bis 75 Mark im Monat zustehen. Die Sturm-, Sturmbann- und Standartenführer haben wegen dieser ungerechten Behandlung bei der Reichsleitung in München schärfstens protestiert.

Bei einer „Amtswalter"-Tagung des Gaues Groß-Berlin, die aus Anlaß der Neugliederung des Organisationsapparates stattfand, kam es während der Rede von Goebbels zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Als Goebbels erklärte, die Nationalsozialisten hätten Zeit, sie hätten lange genug gewartet und könnten auch noch weiter warten, ertönten von den Standartenführern Zwischenrufe, wie:

„Die SA nicht länger! Das sagen die Leute mit den Diäten! Die Herren politischen Führer!"

Und obwohl einer der anwesenden Oberführer die erregten Zurufe zu beruhigen versuchte, fiel noch die Aeußerung:

„Die politischen Führer werden jetzt ja auch bezahlt, die können ja auch warten. Unsere SA-Männer verrecken aber inzwischen."

Bei den SA-Führern soll über die ungerechte Behandlung eine tiefe Erbitterung Platz gegriffen haben. Sie haben eine Delegation nach München geschickt, die natürlich mit völlig negativem Ergebnis zurückkehren wird. Die politischen „Oberführer" im Braunen Haus werden sich der unbequemen Gäste sehr schnell entledigen und die Verteilung der Etappenkämpfe ist eine unangenehme Sache.

SA-Proleten machen Schluß

Indessen geht die Rebellion bei den SA-Proleten unvermindert weiter. Hier sind es schon vorwiegend Gründe der politischen Erkenntnis, die diese vertrauten Anhänger der Nazis aus dem Hitlerkampf herausführen.

Am 10. September kam der SA-Scharführer des Sturmbannes Seligenfeld in Ostpreußen zur Redaktion unseres Bruderblattes „Echo der Ostsee", legte seine braune Uniform auf den Redaktionstisch und gab schriftlich folgende Erklärung ab:

„Am heutigen Tage erkläre ich meinen Austritt. Beiliegende Mitgliedskarten bestätigen, daß ich auch wirklich der NSDAP angehörte.

Gründe: Genügend habe ich die Methoden erkannt, mit denen die Hitlerpartei die Arbeiter zu verdummen sucht. Ich rufe mit meinem Schritt jedem Arbeiter ins Gewissen: Die NSDAP vertritt nicht die Arbeiter und ihre Interessen, sondern ihre Todfeinde. Deshalb heraus aus der NSDAP und geht dahin, wo die Arbeiter für ein sozialistisches Deutschland, für eine Regierung der Arbeiter und Bauern kämpfen.

10. September, Jerusalem, Siedlung 7. Fritz Becker."

Gleichzeitig erklärte der SA-Mann Fritz Thiel, der dem gleichen Stützpunkt angehörte, seinen Austritt aus der NSDAP und zugleich aus der SA. In seiner Erklärung schreibt er:

„Gründe: Ich will mit der faschistischen Mörderpartei nichts mehr zu tun haben."

Wenn Hitler jetzt bereits einen Teil dieser Zersetzung und Meuterei zugeben muß, dann zeigt das, wie tief sich bereits die Gärung in den Reihen der SA-Proleten eingefressen hat. Die enttäuschten und erbitterten SA-Proleten erkennen immer mehr, daß sie von den Nazibetrügern an der Nase herumgeführt wurden. Die werktätigen Nazianhänger, die ehrlich gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, sehen immer mehr ein, daß Hitler und seine Führerkumpanei von den Kapitalisten bezahlt und ausgehalten werden.

Notverordnung soll den Arbeitern schmackhaft gemacht werden

Wie die Gewerkschaftsführer der Papenregierung Beistand leisten

Berlin, 16. September (Eig. Drahtbr.)

Es werden jetzt zur Notverordnung Ausführungsbestimmungen veröffentlicht und weitere Ausführungsbestimmungen werden angekündigt. Die bürgerliche Presse bringt diese Bestimmungen absichtlich in einer verworrenen Form, um den Eindruck zu erwecken, als sei die Notverordnung weitgehendst verändert worden. Soweit zu ersehen ist, besagen die Ausführungsbestimmungen unter anderem:

„Wenn ein Unternehmer die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabsetzt, dann bekommt er für jeden neueingestellten Arbeiter in jedem Falle 400 Mark Prämie. Außerdem erfolgt noch eine in der Notverordnung ebenfalls festgelegte Lohnsenkung, wenn die gesamte Arbeitszeit des Betriebes durch Neueinstellung keine niedrigere ist als bisher."

Mittels dieser Ausführungsbestimmungen versuchen SPD sowie die Gewerkschaftspresse den Arbeitern die Notverordnung schmackhaft zu machen. Der „Vorwärts" schreibt zum Beispiel heute:

„Es ist wahrscheinlich, daß die Unternehmer zum guten Teil auf diese Senkung der Tariflöhne von vornherein verzichten werden, um die Gefahr eines Arbeitskonfliktes und eines evtl. langwierigen Rechtsstreites — dessen Ausgang unsicher ist — zu vermeiden."

„Der Deutsche" — das Organ Stegerwalds — schreibt: „Der genaue Wortlaut der Durchführungsbestimmungen muß erst abgewartet werden, bevor positiv zu ihm Stellung genommen werden kann. Es scheint, als ob auf Grund der heftigen Kritik einiges „eingerenkt" worden ist."

*

So beginnt die Gewerkschaftspresse, die Arbeiter mit der ihr Elend vermehrenden Notverordnung auszusöhnen. Kein Arbeiter darf auf diese Sirenengesänge hereinfallen!

2½ Millionen Wohlfahrtserwerbslose

1,5 allein in den preußischen Städten. In einem Monat 30000 mehr

Wie das Präsidium des Deutschen Städtetages mitteilt, wurden am 31. August in den preußischen Städten mit über 25 000 Einwohnern nicht weniger als 1 500 000 Wohlfahrtserwerbslose registriert. Gegenüber dem Vormonat sind es 30 000 mehr.

Es handelt sich um Arbeitslose, die von der Arbeitslosenversicherung keine Unterstützung mehr erhalten und denen nach schärfster Bedürftigkeitsprüfung eine kümmerliche kommunale Unterstützung gewährt werden mußte. Viele tausende an Ausgesteuerten erhalten dabei keine Wohlfahrtsunterstützung.

Für ganz Deutschland errechnet der Deutsche Städtetag 2 450 000 Wohlfahrtserwerbslose, das sind 435 000 mehr als im letzten Halbmonatsbericht der Reichsanstalt angegeben wurden.

Diese Zahlen zeigen, wie rücksichtslos auf Grund der ersten Papen-Notverordnung die Arbeitslosenversicherung „entlastet" worden ist. Millionen erhalten einfach keine Versicherungsunterstützung mehr und die hohen Beiträge, die den Arbeitern und Angestellten vom Arbeitsverdienst abgezogen werden, werden bereits zu einem großen Teil dazu verwendet, den Arbeitsdienst zu finanzieren. Die Arbeitslosenversicherung ist vollständig durchlöchert.

Die Papenregierung hat nun in der letzten Notverordnung von Hindenburg die Ermächtigung erhalten, alle sozialen Unterstützungen nach Belieben festzusetzen. Neuer Abbau droht!

Schon heute sind die Millionen Arbeitslosen in unermeßlichem Elend! Die Bourgeoisie will nun, um einen neuen entscheidenden Lohnabbau durchführen zu können, die Arbeitslosenunterstützung noch tiefer drücken. Dagegen müssen sich Arbeitslose und Betriebstätige in gemeinsamer Front wehren!

„Berliner Volkszeitung" verboten

Der Berliner Polizeipräsident hat die demokratische Berliner Volkszeitung auf acht Tage verboten, weil in einem Artikel dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung angeblich der Vorwurf des Verfassungsbruchs gemacht wird.

Der beanstandete Artikel ist ein Gutachten des bürgerlichen Staatsrechtslehrers Prof. Kawalski, der in bürgerlichen Kreisen als Autorität für Staatsrechtslehre gilt. Das ist in Hindenburg-Deutschland die „Freiheit der Wissenschaft". Bezeichnenderweise hat der Berliner Polizeipräsident die Veröffentlichung der beanstandeten Stelle des Artikels in der Verbotsbegründung ausdrücklich verboten.

Streik in der Dessauer Papierfabrik

Die Belegschaft der Dessauer Papierfabrik J. Mack AG am 12. September gegen einen Lohnabbauversuch des Unternehmertums in den Streik getreten. Die Firma Mackgab durch Aushang einen Lohnabbau von 10 Prozent an, nachdem schon im letzten Jahre eine 20 Prozent ige Senkung geklappt wurde.

Auch Maschinen der Firma benutzerten die Belegschaft mit der sofortigen Arbeitsniederlegung. Der Firma gelang es trotz anstrengender Versuche und Unterstützung durch die Polizei nicht, den Betrieb mit Hilfe von Streikbrechern aufrecht zu erhalten.

Verboten!

Sind zur Zeit folgende proletarische Zeitungen und Zeitschriften:

Tageszeitungen:

„Rote Fahne", Berlin (für vier Wochen).
„Thüringer Volksblatt", Erfurt.
„Arbeiterzeitung", Frankfurt a. M.
„Volkswacht", Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

Wochenschriften:

„Die Kämpferin", Berlin (für vier W[illegal]), die „Illustrierte Bauernzeitung", die Wochenzeitungen der Arbeitslosen in sechs verschiedenen Bezirken Deutschlands.

Periodische Druckschriften:

„Die Antifaschistische Aktion" (für 6 Monate!); „Tribunal", Organ der Roten Hilfe, Berlin; „Der Rote Block", Funktionärzeitschrift der Roten Hilfe; „Die Fanfare", Kampfblatt der Antifaschisten; „Der IAH.-Funktionär"; „Der Erwerbslose"; „Der Kampfruf", Berlin; „Die rote Einheitsfront" (für 6 Monate); „Der Agitator" (für 6 Monate!); „Der junge Bolschewik" (für 6 Monate!).

Schlag auf Schlag führt die Bourgeoisie gegen die kommunistische Presse! Arbeiter, es geht darum, die Freiheit der Herausgabe proletarischer Druckschriften zu verteidigen! Erhebt in allen Betrieben Massenprotest gegen die Unterdrückung der proletarischen Presse! Geht zu Protestaktionen über! Graphische Arbeiter, die ihr seht, wie durch die faschistische Reaktion die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe ins Gemeinhafte wächst, vor die Front!

Die Frage der Freiheit für die proletarische Presse ist keine Rechts-, sondern eine Machtfrage! Nur unter einem starken Massendruck wird die faschistische Reaktion die Pressefesseln aufheben.

Erkämpft die Freiheit der Arbeiterpresse

Löbe sucht Verständigung mit Papen

Berlin, 16. Sept. (Eig. Drahtb.)

Gestern fand eine Unterredung zwischen Löbe und Papen statt, nach deren Verlauf die bürgerliche Presse einschließlich des Vorwärts nichts Konkretes berichtet. Die Besprechung, in der es sich um eine Verständigung des Ueberwachungsausschusses mit der Papenregierung im Sinne der letzteren, drehte, kennzeichnet die Kapitulation der SPD vor Papen.

Jungarbeiterdemonstration in Hamburg

Am Mittwochabend demonstrierte an zwölf verschiedenen Stellen Hamburgs die werktätige Jugend gegen den General-Stülpnagel-Erlaß Hindenburgs.

Gehaltskürzung in Nazi-Oldenburg

Für die Naziminister aber nur um 3 Prozent

Oldenburg, 16. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das nationalsozialistische Oldenburger Ministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach die Gehälter der Beamten und Angestellten ab 1. Oktober um 3 bis 20 Prozent gekürzt werden.

Bezeichnenderweise werden die Gehälter der nationalsozialistischen Minister jetzt nur um 3 Prozent gekürzt.

Heute Sonderseite: Jutespinnerei Meißen

45 Arbeiter sollen heute in der Jutespinnerei Meißen entlassen werden

Außerdem sollen am heutigen Tage weitere 50 Arbeiterinnen und Arbeiter die Kündigung erhalten. Die Belegschaft der „Jute" eilt zum Kampf gegen Lohnabbau und Massenentlassungen. Die gesamte werktätige Bevölkerung ist zur aktiven Solidarität bereit.

In den Orten Meißen, Weinböhla, Naundorf und Röhrsdorf wurden bisher für den Streikfonds der Textilarbeiter gesammelt:

128,15 Mark

Die Sammelliste zirkuliert noch in den Betrieben. Die Bemühungen, die für den Fall des Streiks zur Verfügung stehenden Mittel bisher gereicht:

70 Zentner Kartoffeln, mehrere Pfund Mark, Margarine, Mehl und ganz einige Büchsen Lebensmittel wurden von den Geschäftsleuten gespendet.

Auf einer Sonderseite im Innern der vorliegenden Nummer unserer Zeitung berichten wir ausführlich über die

Kampfrüstungen der „Jute"-Proleten